Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
B. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (incl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 403. **Montag** den 10. August 1903. **97. Jahrgang.**

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 10. August.

Die nächsten Ziele der Sozialreform.

Die „Natlib. Korresp." schreibt: Von derselben Seite, von der früher der heftigste Widerstand gegen die praktische Sozialreform geleistet worden ist, weil sie einen Eingriff in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte bedeute, wird jetzt darauf Bezug genommen, daß sich im Kopfe des ersten deutschen Reichskanzlers Wesen und Ziel der Arbeiterversicherung ursprünglich anders malten, als sich zunächst durchsetzen ließ. Diese Tatsache kann durchaus nicht befremden. Es war ein besonderes Verdienst des ersten Kanzlers, daß er, wenn er ein Ziel ins Auge gefaßt hatte, selbst mit der schwachen Basis vorlieb nahm, wenn er anders die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren zu diesem Ziele vorläufig nicht erlangen konnte. Das nächste größere Ziel der Sozialreform ist, wie bekannt, die Witwen- und Waisenversicherung der Arbeiter; das weitere dann aber die Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit; das Bedürfnis dafür ist durch die zahlreichen, aber meist vergeblichen Anstrengungen der Arbeiter, sich gegen diese Folgen der modernen Produktionsweise durch Unterstützungskassen zu schützen, bereits ausreichend dargetan. Auch Fürst Bismarck hat dies anerkannt; er erklärte am 6. Mai 1884 im Reichstage: „Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, so lange er gesund ist; sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist; sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist." — Nicht minder wichtig, als die Kranken- Unfall- und Invaliditätsversicherung ist für den Arbeiter, so lange er gesund ist, auch Arbeit zu finden und nicht erst durch Entbehrungen verdienstloser Zeiten vorzeitig krank und invalid zu werden. Die unverschuldete Arbeitslosigkeit läßt nicht etwa jede Reformtätigkeit ausgeschlossen erscheinen. Die Sache ist allerdings nicht von heute auf morgen zu machen. Vor allen Dingen müssen auch zunächst die Grenzen eines geregelten Arbeitsnachweises gesucht und gefunden werden. Die erforderlichen Mittel hätten dann Unternehmer und Arbeiter zu gleichen Teilen aufzubringen, entsprechend ihrem beiderseitigen Interesse. Die Lasten würden sich durch zweckentsprechende Begrenzung der Unterstützung und durch periodische Regulierung der Unterstützungsbestimmungen für jedes Gewerbe in angemessenen Grenzen halten lassen.

„Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist."

Die „Köln. Volksztg." polemisiert gegen ein liberales Blatt, das bei aller Bewunderung der persönlichen Eigenschaften des gegenwärtigen Papstes doch die Besorgnis ausspricht, Pius X. könnte seine diplomatische Begabung dazu benützen, ein suprematives Papsttum über das Kaisertum herzustellen; jedenfalls sei die schwarze Gefahr für Deutschland nicht geringer als die rote. Voller Entrüstung entgegnet das rheinische Zentrumsblatt: „Die Regierungskreise werden wohl noch immer der Ansicht sein, daß Rom, welches den Grundsatz lehrt: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist", Deutschland weit weniger gefährlich ist als die Sozialdemokratie, welche ihrem Anhange predigt, fort mit dem Kaiser und den Fürsten." — Es kommt nicht sowohl darauf an, was Rom lehrt, als wie es handelt. Als Heinrich IV. im Büßerhemde im Schloßhofe von Canossa stehen mußte, gab damals Rom dem Kaiser, was des Kaisers war? Und wie vielen Kaisern hat nicht Rom durch die Aufstellung von Gegenkaisern, — heute würde man dies die Anstiftung von Revolution nennen —, das Leben sauer gemacht! Wir brauchen aber nicht bis zum Mittelalter zurückzugehen. Der Namensvorgänger des gegenwärtigen Papstes schrieb an den Namensvorgänger und Großvater des gegenwärtigen deutschen Kaisers einen Brief, in dem es hieß: „Jeder, der die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung und auf irgend eine Weise, welche hier näher darzulegen nicht der Ort ist, gehört, sage ich, dem Papste an." Der Papst maßte sich also an, den deutschen Kaiser in gewisser Weise als seinen Untertan zu proklamieren. Vielleicht meint freilich Rom und mit ihm die „Köln. Volksztg.", daß mit diesem Hörigkeitsverhältnis gegenüber dem Papste dem Kaiser gegeben wird, was des Kaisers ist. Nun braucht man ja diesen Ausspruch des Papsttums so lange nicht tragisch zu nehmen, als es nicht die Macht besitzt, ihn zu verwirklichen; aber an dem besten Willen Roms in dieser Beziehung ist kein Zweifel erlaubt.

Die Parteien bei der Papstwahl.

Bei dem Einflusse, den der Papst hat, ist es angebracht, den Wahlvorgängen noch einige Aufmerksamkeit zu schenken. In dieser Hinsicht ist ein römischer Bericht der offiziösen „Wien. Pol. Korresp." von Bedeutung. Es heißt da: Es ist eine feststehende Tatsache, daß die Aufstellung und eifrige Förderung der Kandidatur des Kardinals Sarto nicht, wie vielfach behauptet wurde, von Anhängern, sondern von den Gegnern des Kardinals Rampolla ausgegangen ist. Die Wahl Sartos bildet somit einen Sieg der letztbezeichneten Gruppe. Der ehemalige Staatssekretär erhielt in den ersten Wahlgängen die Stimmen aller spanischen und sämtlicher französischen Kardinäle, welche letzteren, nach Versicherungen von unterrichteter Seite, seitens der maßgebendsten Persönlichkeiten in Paris in aller Form aufgefordert wurden, für Rampolla zu stimmen. Dieser Kirchenfürst hätte, obgleich er bei keinem Wahlgange mehr als dreißig Stimmen auf sich vereinigte, schließlich vielleicht doch den Sieg errungen, wenn die Gegenpartei, die ihre Stimmen zersplittert sah, nicht die Gewandtheit gehabt hätte, einen Kandidaten aufzustellen, der geeignet erschien, alle Gegner Rampollas für sich zu gewinnen und außerdem eine Anzahl von Stimmen aus den Reihen der Anhänger desselben zu erhalten. Es war ein glücklicher Gedanke, den Patriarchen von Venedig hierfür auszuersehen, der einerseits dem Ideal eines religiösen, das heißt nicht politischen Papstes, wie es einem Teile der italienischen und der ausländischen Kardinäle vorschwebte, entsprach, anderseits in den Augen einer Gruppe von Rampolitiken einen genügenden Zug von Intransigenz hatte, um für die Tiara geeignet zu erscheinen. Dem Kardinal Sarto wandten sich die österreichischen, die ungarischen und die deutschen Stimmen zu, die früher für Gotti abgegeben wurden, ferner erhielt er die Stimmen der französischen Kardinäle und diejenigen einer Anzahl italienischer Kardinäle, die anfangs auf Seiten Rampollas standen. Auf diese Weise ergaben sich schließlich 50 Stimmen für Sarto, d. i. um sechs mehr, als Leo XIII. seinerzeit im Konklave erhalten hatte.

Zur makedonischen Frage.

Mit einer sehr bemerkenswerten Kundgebung tritt das bulgarische offiziöse Blatt „Now-Wek" den Behauptungen des Organs der makedonischen Organisation „Reformi" entgegen, daß nur ein Krieg zwischen der Türkei und Bulgarien die makedonische Frage lösen könnte, daß der gegenwärtige Zeitpunkt hierfür besonders günstig wäre und daß Bulgarien entschiedene Aussichten des Erfolges in einem solchen Kampfe haben würde. „Now Wek" erklärt zunächst, die Ausführungen der „Reformi", die Türkei wäre nicht im stande, mehr als 300 000 „hungernde, barfüßige und demoralisierte" Soldaten ins Feld zu stellen, davon aber nur die Hälfte gegen Bulgarien, daß letzteres im Vorteil wäre, da es besseres Material hätte und auf die Unterstützung der bulgarischen Bevölkerung in Makedonien rechnen könnte, als absurd und fährt dann folgendermaßen fort: Gesetzt den Fall, daß die Türkei tatsächlich bloß 150 000 Mann gegen Bulgarien ins Feld stellen könnte, ist es dann wahr, daß Bulgarien in der Lage wäre, mit seinen 200 000 Bajonetten in den Krieg zu ziehen? Glaubt denn jemand, daß besonders nach den letzten Ereignissen unsere westlichen Nachbarn indifferente Zuschauer unseres Ringens mit den Türken bleiben würden, da doch dieser Kampf die Aenderung der Lage in Makedonien zum Ziele hätte? Das Wenigste, was wir voraussetzen müssen, ist, daß ein Teil unserer Kräfte von serbischer Seite gebunden würde; wir haben jedoch genügend Grund, auch etwas mehr zu befürchten. Elementare Vorsicht macht es Bulgarien zur Pflicht, auch seine anderen Grenzen nicht ohne Aufsicht zu lassen, besonders wenn man nicht vorher eine freundschaftliche Vereinbarung mit dem Nachbar jenseits der Donau erzielen könnte. Bulgarien wäre somit in keinem Falle im stande, der 200 000—300 000 Mann starken türkischen Heeresmacht eine zu deren Bewältigung genügende Truppenanzahl entgegenzuwerfen. Aber selbst wenn Bulgarien wider Erwarten das Kriegsglück auf seiner Seite haben sollte, woher habe es die Garantie, daß es der Herr seines allfälligen Sieges sein und die Bedingungen des Friedens diktieren werde und daß es sich nicht im Gegenteil den Beschlüssen seiner Rivalen werde fügen müssen? „Unter solchen Umständen aber einen Krieg anzufachen, wäre ein Verbrechen an dem Vaterlande." „Now Wek" führt historische Tatsachen und die durch die internationalen Verträge von 1815, 1856 und 1878 erhärtete Praxis, sowie den Friedensschluß von Bukarest nach dem siegreichen Kriege mit Serbien im Jahre 1885—86 zum Beweise dessen an, daß Bulgarien selbst nach einem sehr glücklichen Feldzuge das Schicksal der Makedonier nicht allein entscheiden könnte, sondern sich bedingungslos dem europäischen Areopag respektive den Traktatmächten unterwerfen müßte. Bulgarien hätte vielleicht einige Aussicht, bei den Vertragsmächten seine Wünsche durchzusetzen, wenn es das Vertrauen und das Wohlwollen dieser Mächte erworben hätte. „Wir haben", sagt das Blatt, „jedoch nichts, gar nichts in dieser Hinsicht getan oder besser gesagt, wir haben alles getan, um das Mißtrauen und den Groll dieser Mächte herauszufordern." „Ist es bei solcher Sachlage", so schließt das Blatt seine Ausführungen, „kein Verbrechen, für die Störung des Friedens und für die Unternehmung eines höchst gewagten und gefährlichen Krieges Stimmung zu machen?"

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 9. August. Im Ruhrrevier bereiten sich anscheinend ernste Bewegungen unter der Bergarbeiter-Bevölkerung vor, welche die Aufmerksamkeit der Regierung im vollsten Maße erheischen. Unablässig schürt und treibt die Sozialdemokratie dazu. So hetzt der „Vorwärts": „Eine furchtbare Empörung über verschiedene Mißstände hat die Bergarbeiterschaft erfaßt. Das nutzlose Bitten um Gerechtigkeit, höhnische und brutale Behandlung, Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz und dergleichen „Annehmlichkeiten" mehr, erzeugten denn auch verschiedentlich den Gedanken: — ohne Streik wird es Besserung nicht geben." Mit welchem Mangel an Objektivität bei der Hetzerei verfahren wird, zeigt u. a. der Umstand, daß man die Arbeiter auch in Bezug auf ihre gegenwärtigen Lohnverhältnisse zur Unzufriedenheit aufzustacheln sucht, obwohl gerade im Kohlenbergbau die Löhne trotz des starken Rückganges der Konjunktur nach 1900 sich nahezu auf der außergewöhnlichen Höhe gehalten haben, die sie im Jahre 1900 erreicht hatten. Der „Vorwärts" will es als einen schweren Druck der Bergleute hinstellen, daß der Jahresdurchschnitt des Tagesverdienstes von 4,13 ℳ auf 3,82 ℳ im Jahre 1902 herabgegangen war, d. h. um ganze 31 Pfg. oder 7½ Prozent, während die Arbeitslöhne des Jahres 1901 eine Steigerung von mehr als 40 Prozent gegenüber dem Stande am Anfange der industriellen Hochkonjunktur aufwiesen. Daß von 1900 auf 1902 die Erträge des Kohlenbergbaues zurückgegangen sind, daß insbesondere auch der Kurs der Kohlenaktien einen beträchtlichen Sturz erfahren hat, daß also die Einnahme der Unternehmer und die Erträge des in die Unternehmungen gesteckten Kapitals in ganz ungleich höherem Maße gesunken sind, als die Arbeitslöhne, übergeht der „Vorwärts" natürlich mit Stillschweigen. Geradezu komisch aber muß es berühren, wenn das sozialdemokratische Blatt jetzt sogar über den Vorfall von Ueberschichten jammert, während in der sozialdemokratischen Presse früher so eifrig gegen das Verfahren von Ueberschichten angekämpft worden ist. Freilich verkennt das sozialdemokratische Zentralorgan unter den gegenwärtigen Erwerbsverhältnissen nicht das Gefährliche eines Streiks für die Bergarbeiterschaft, aber dennoch reizt seine aufhetzende Sprache zu einem solch verhängnisvollen Schritt. — Mit einem Gehen-Lassen oder einer völligen Nicht-Achtung der unter der Oberfläche sich ansammelnden Gärung der Bergarbeiter-Bevölkerung darf aber diese Bewegung weder für die Regierung noch das Unternehmertum abgetan sein. Einer Wiederholung der Verhältnisse und Ereignisse vom Jahre 1889 kann nicht ruhig und gelassen entgegen gesehen werden. Wenn es sich ferner bestätigen sollte, daß die Epidemie der Wurmkrankheit bereits über 50 000 Arbeiter ergriff, so muß die Regierung Maßregeln ergreifen, die über die Beschlüsse und Gutachten der Konferenz vom 6. April hinausgehen. Kurz: das in den Kohlenrevieren aufsteigende Gewölk bedarf nicht nur der sorgsamsten Beobachtung, sondern vor allem energischer Versuche, um die zunehmende Spannung zwischen Arbeitgebern und -Nehmern auf friedlichem Wege zu lösen. Von Seiten einzelner Arbeitgeber sind hierzu entgegenkommende Schritte getan, namentlich zur Bekämpfung der Wurmkrankheit-Epidemie. Auch vergüten einzelne Zechen den von dieser Seuche befallenen Arbeitern durch ihre Krankheit entstehenden Lohnausfall. — Diese Tatsache gesteht zwar der „Vorwärts" zu; aber dennoch hetzt er die gesamte Bergarbeiter-Bevölkerung des Ruhrreviers in leidenschaftlichster Sprache auf!

* **Berlin**, 9. August. (Sozialdemokratischer Terrorismus.) Auf die Freiheit im Zukunftsstaate wirft die folgende Mitteilung eines Mitgliedes des Bundes der Landwirte an die in Stuttgart erscheinende „Deutsche Reichspost" wieder einmal ein scharfes Licht. Der Mann schreibt: „Seit der Gemeindewahl bin ich Ziel der Sozialdemokratie. Mein Sohn wird in der Schule gehetzt, meine Frau wird auf der Straße beleidigt, mir selbst wird das Leben sehr sauer gemacht. Wir können nicht mehr ruhig unsere Straße gehen, wir können nicht mehr ruhig unsere Wohnung betreten, wir können nicht mehr ruhig unsere Kinder in die Schule schicken. Wir können nicht mehr ruhig unsere Kinder in die Kirche